

EU-Außenministerin: Donald Trump kann nicht mit Einzelländern verhandeln!

Außenministerin lobt EU-Strategie im Umgang mit Trump, betont Einheit und geopolitische Anpassungen. Handelsabkommen im Fokus.

Wien, Österreich - Am 13. April 2025 äußerte sich die österreichische Außenministerin über die komplexen geopolitischen Herausforderungen, mit denen die Europäische Union (EU) im Umgang mit den USA konfrontiert ist. Sie betonte, dass es nicht im Interesse der EU sein kann, wenn Donald Trump bestimmte EU-Länder für Einzelverhandlungen auswählt. Ihren Worten nach führt eine solche Vorgehensweise zu einer „lose-lose-Situation“ für alle Beteiligten. Stattdessen verfolgt die EU eine Strategie der Besonnenheit und Einigkeit, um bestmögliche Verträge und Abkommen zu erreichen. Einigkeit innerhalb der Bundesregierung besteht über die Notwendigkeit, sich an die neue geopolitische Realität anzupassen, um künftig besser gerüstet zu sein.

Die EU zeigt auch Unterstützung für das umstrittene Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten. Vor Kurzem war die indische Finanzministerin in Wien, wo sie über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien sprach. Außenministerin Meisl-Reisinger sieht hierbei Potenzial für Wachstum im europäischen Binnenmarkt. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, wird die Notwendigkeit betont, die Verteidigungsfähigkeit Europas zu stärken, ohne jedoch die langfristige Partnerschaft mit den USA vorschnell abubrechen.

Globale Herausforderungen und EU-

Handelspolitik

Die EU-Handelspolitik gilt als zentrales Instrument zur Reaktion auf die Globalisierung. Sie hat das Ziel, Möglichkeiten für europäische Unternehmen zu eröffnen, indem Handelsbarrieren wie Zölle und Quoten abgebaut werden. Über 36 Millionen Arbeitsplätze in der EU sind direkt von Exporten in Nicht-EU-Länder abhängig. Jede Milliarde Euro an Exporten sichert mehr als 13.000 EU-Arbeitsplätze. Diese Daten verdeutlichen die Bedeutung einer robusten Handelspolitik in der aktuellen globalen Wirtschaftslage. Darüber hinaus schützt die EU durch ihre Handelspolitik Verbraucher und fördert internationale Standards in den Bereichen Menschenrechte und Umweltschutz.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Situation in Bezug auf Russland, das aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffs auf europäischem Boden und der Versuche, europäische Demokratien zu sabotieren, als Bedrohung wahrgenommen wird. Österreich bekräftigt seinen aktiven Beitrag zur europäischen Resilienz in dieser fragilen Lage. Es wird betont, dass eine Entsendung österreichischer Soldaten in die Ukraine nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen (UNO) erfolgen kann. Dies geschieht auch im Hinblick darauf, die laufenden Engagements am Westbalkan nicht zu gefährden.

Diese Informationen verdeutlichen die Komplexität der aktuellen Handels- und Außenpolitik der EU sowie die Notwendigkeit, internationale Zusammenhänge in Betracht zu ziehen, um die wirtschaftliche und politische Stabilität in Europa zu gewährleisten.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.swp-berlin.org • www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at